

FINNLAND

# Mehr Transparenz wagen



EU-Steuer­männer unter sich: Premier­minister Jean-Claude Juncker und sein finnischer Amtskollege Matti Vanhanen. (Foto: Tom Wagner/eu2005.lu)

Während ihrer Rats­präsidentschaft will sich die finnische Regierung als Verteidigerin von sozialen Rechten profilieren und demonstrieren, dass Europa auch ohne Verfassung funktioniert.

Bernd Parusel ist freier Journalist und schreibt vor allem aus Stockholm.

Bei einem Besuch in Deutschland verglich die finnische Präsidentin Tarja Halonen die EU einmal mit einer Flotte von Schiffen auf offener See. Sie seien unterschiedlich groß, sähen unterschiedlich aus, aber - und das sei das Wichtige - "sie fahren in die gleiche Richtung". Doch seit dem negativen Ergebnis der Referenden über die EU-Verfassung in Frankreich und den Niederlanden im vergangenen Jahr scheint die Flotte orientierungslos dahinzudümpeln. Das sieht derzeit auch die finnische Regierung so, die am ersten Juli für ein halbes Jahr die Rats­präsidentschaft der EU übernimmt. Sie will nun unter Beweis stellen, dass Europa auch ohne Verfassung handlungsfähig bleibt: "Die Union muss im Rahmen der bereits gültigen Verträge demonstrie-

ren, dass sie funktioniert", heißt es in einem Planungspapier der Regierung. Das schwindende Vertrauen der Bürger in die europäische Politik könne gestärkt werden, wenn die EU Fortschritte in Bereichen mache, "in denen sie effektiver ist als die Mitgliedsstaaten jeweils für sich". Dazu gehören für die Finnen ein gemeinsamer Dienstleistungsmarkt sowie die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Premierminister Matti Vanhanen von der Zentrums­partei und sein sozialdemokratischer Außenminister Erkki Tuomioja meinen zudem, dass Europa mehr "Offenheit und Transparenz" brauche. So soll der Rat der EU nicht länger hinter verschlossenen Türen tagen und abstimmen. In Fällen, in denen das so genannte "Mitentscheidungs-

verfahren" angewandt wird - das heißt bei Abstimmungen mit qualifizierter Mehrheit - soll künftig öffentlich verhandelt werden, damit die Bürger den Hintergrund der jeweiligen Entscheidung besser nachvollziehen können. Auch Europas Energieversorgung ist Vanhanen und Tuomioja ein Anliegen. Im Frühjahr 2007 soll die Union eine gemeinsame Energiepolitik bekommen, und die Diskussionen darüber dürften zum Großteil während der finnischen Präsidentschaft stattfinden. Suomi, wie die Finnen ihr Land nennen, will die europäischen Energiemärkte zusammenbringen, einen sparsameren Verbrauch fördern und Ziele für den Ausbau erneuerbarer Energien vereinbaren. Die "umfassende Partnerschaft" zwischen der EU und Russland, die Finnland dank seiner traditionell regen Kontakte nach Moskau fördern möchte, könnte auch dazu genutzt werden, den Nachschub an russischem Öl und Gas zu sichern, auf den nicht nur Finnland angewiesen ist.

## Schwerpunkt EU-Erweiterung

Auch wenn das dünn besiedelte Land mit seinen 5,2 Millionen Einwohnern für viele Europäer ein Vorbild ist, fragt man sich, ob dies auch für die Energiepolitik gilt. An der finnischen Westküste wird gerade das neue Atomkraftwerk Olkiluoto 3 gebaut, das 2009 mit einer Leistung von 1.600 Megawatt ans Netz gehen soll. Die Betreibergesellschaft TVO argumentiert, die energieintensive Forst- und Pa-

pierwirtschaft, von der Finnland ökonomisch abhängt, brauche billigen Strom. Die vier bisher vorhandenen finnischen Reaktoren haben laut TVO einen Anteil von rund 26 Prozent an der Gesamtproduktion von Strom. Mit dem neuen Reaktor in Olkiluoto soll der Anteil auf 35 Prozent steigen. Auch wenn die Atompolitik nicht überall gut ankommt, wird Finnland in Europa für viele Errungenschaften bewundert. Für sein Schulsystem beispielsweise: Im "Programme for International Student Assessment" (PISA) belegten die finnischen Schüler 2003 in zwei von drei Disziplinen den ersten Rang. Seitdem pilgern neugierige Pädagogen nach Finnland, um zu lernen, wie man richtig unterrichtet. Das nordische Land hat sich zudem mit Kommunikationstechnologie einen Namen gemacht. Die Branche steht heute für rund sieben Prozent des Bruttoinlandsprodukts - was neben Chancen auch Risiken birgt: Geht es Nokia gut, brummt die Wirtschaft, sollte es der Branche einmal schlechter gehen, kann dies das Wachstum bremsen. Seit Juni 2003 regiert in Finnland eine Mitte-Links-Koalition aus Zentrums­partei, Sozialdemokraten und der Schwedischen Volkspartei, der Vertretung der schwedischen Minderheit. Premier Vanhanen gilt als effizienter und kühler Verwalter. Neben ihm wird das Land auch von Staatspräsidentin Halonen repräsentiert, die 2000 ihr Amt antrat und in diesem Frühjahr wieder gewählt wurde. Die einstige Sozialdemokratin, die früher in der Frauenbewegung aktiv war, ist heute parteilos. Halonen gilt als Präsidentin der "kleinen Leute". Sie spricht viel über "gerechte Globalisierung" und soziale Themen, etwa über die finnische Arbeitslosigkeit, die mit 8,8 Prozent in der Gesamtbe-

völkerung und rund 20 Prozent unter den Jugendlichen höher ist als in den anderen nordischen Ländern. In der Debatte um die EU-Verfassung hielt sie sich bisher bedeckt. Die Regierung und die Mehrheit im Parlament wollen das Dokument jedoch während der finnischen Rats­präsidentschaft ratifizieren - auch wenn dies die Erfolgchancen des Vertrags kaum steigern dürfte. Einen weiteren Schwerpunkt des finnischen Vorsitzes dürfte schließlich die Erweiterung der EU bilden, laut Vanhanen eine "Erfolgsgeschichte". Rumänien und Bulgarien sollen, wenn sie die letzten noch ausstehenden Bedingungen erfüllen, Anfang 2007 der EU beitreten. Mit Kroatien und der Türkei stehen Verhandlungen an, und Slowenien und Litauen, die bereits Mitglieder sind, wollen den Euro einführen. Neben der üblichen Parole von der "Steigerung der Konkurrenz­kraft" Europas auf dem Weltmarkt beteuerten sowohl Halonen als auch Vanhanen, soziale Sicherheit als einen "positiven Standortfaktor" zu betrachten. Er wolle keine "Wettbewerbsfähigkeit um jeden Preis", sagte der Premierminister am Mittwoch der vergangenen Woche im finnischen Parlament, sondern auch die Rechte der "Schwächsten in der Gesellschaft" beachten. In den finnischen Zeitungen liest man bisher, auf große Schritte dürfe man nicht hoffen. Dass ein kleines Land an der Peripherie Europas die Union in nur sechs Monaten wieder auf Kurs bringt, wäre wohl zu viel verlangt - zumal auch die Finnen nicht recht wissen, wohin die Reise gehen soll, wenn die "Denkpause" über den Verfassungsvertrag zu Ende ist.

Bernd Parusel

MEXIKO

# Wer kommt nach Vicente Fox?

Kurz vor den Wahlen in Mexiko am 2. Juli werden dem gemäßigt linken Kandidaten gute Chancen auf das Amt des Präsidenten prognostiziert.

In einem Punkt sind sich die beiden aussichtsreichsten Kandidaten im mexikanischen Präsidentschaftswahlkampf einig: "Ich werde gewinnen." Sowohl der gemäßigt linke Andrés Manuel López Obrador von der Partei der Demokratischen Revolution (PRD) als auch Felipe Calderón von der konservativ-liberalen Partei der Nationalen Aktion (PAN) gaben sich kurz vor den Wahlen siegessicher. Und das nicht ohne Grund. Umfragen sagen ein Kopf-an-Kopf-Rennen voraus. Wahrscheinlich werden nur wenige Stimmen darüber entscheiden, wer am kommenden Sonntag als Sieger hervorgeht: López Obrador, der Hoffnungsträger der Linken, oder Calderón, der die Politik des amtierenden Präsidenten Vicente Fox (PAN) weiterführen wird. Fox hatte den "großen Wechsel" versprochen, als er vor sechs Jahren das Präsi-

dentenamt von der 71 Jahre lang regierenden Partei der Institutionellen Revolution (PRI) übernommen hatte. Seine Ziele: Privatisierung von Staatsbetrieben, Liberalisierung des Handels, Anreize für Investoren. Daraus ist nicht viel geworden. Bauernverbände machten gegen den Freihandelsvertrag mit USA und Kanada (Nafta) mobil, weil billige US-Produkte die Existenz der Campesinos bedrohen. Die parlamentarische Opposition verhinderte den Verkauf staatlicher Erdöl- und Elektrizitätsbetriebe. López Obrador will andere Akzente setzen. "Wir werden weder die Bildung noch die Sozialversicherung, die Elektrizitätsindustrie oder das Erdöl privatisieren", erklärt der 53-Jährige. Er setzt darauf, die Kaufkraft zu stärken und Unternehmer mehr zur Kasse zu bitten. Mit einer Grundsicherung will er Millio-

nen arme Familien alimenteren. Immerhin kann der PRD-Mann auf seine Amtszeit als Bürgermeister von Mexiko-Stadt verweisen. Dort führte er eine Grundrente für alle Alten ein, unterstützte alleinerziehende Mütter und baute Gymnasien in den Armenvierteln. Angespannte Situation Dennoch lässt López Obrador keinen Zweifel daran, dass er eng mit Unternehmern zusammenarbeiten wird. Auch mit der US-Regierung werde es keine Probleme geben, beruhigt er die Nachbarn im Norden. Aber in Washington sei man ohnehin nicht besorgt, informiert eine letzte Woche veröffentlichte Studie des renommierten US-amerikanischen Institutes Council on Foreign Relations. Im Gegensatz zum venezolanischen Präsidenten Hugo

Chávez sei der "moderate Linke" an makroökonomischer Stabilität interessiert. Tatsächlich will López Obrador nicht, wie Bauernverbände fordern, den Nafta-Vertrag in Frage stellen. Nur die Fristen für den Zollabbau für Mais und Bohnen sollen verlängert werden. Ob es dem PRD-Mann gelingt, bessere Bedingungen für die rund 25 Millionen mexikanischen Migranten in den USA durchzusetzen, ist fraglich. Zwar hatte er klargestellt, dass diese Problematik nicht "durch Mauern und eine Militarisierung der Grenzen" zu lösen sei, aber faktisch interessieren sich nur wenige US-Politiker für die mexikanische Position zur US-amerikanischen Einwanderungspolitik. Auch Fox hatte den Abschluss eines entsprechenden Abkommens versprochen. Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 legte US-Präsident George W. Bush jedoch alle Verhandlungen auf Eis, bis jüngst Latino-Migranten selbst in den USA Druck machten. Im Vorfeld der Wahlen wurde die gesellschaftliche Stim-

mung zunehmend angespannt. Anfang Mai forderte ein Einsatz gegen Linke in San Salvador Atenco zwei Todesopfer, und in Oaxaca gingen Beamte vor zwei Wochen brutal gegen streikende Lehrer vor. Da sich beide Vorfälle in von der PRI kontrollierten Bundesstaaten ereigneten, könnten sie provoziert worden sein, um den PRI-Präsidentschaftsanwärter Roberto Madrazo zu stärken. Denn dieser liegt abgeschlagen auf Platz Drei. Wie Calderón setzt auch er auf eine Politik der "harten Hand". López Obrador klagte nach den Polizeieinsätzen einen Dialog der Beteiligten ein. Als Bürgermeister von Mexiko-Stadt hat jedoch auch er in der Vergangenheit autoritäre Konfliktlösungen verteidigt. Mit einem "Null-Toleranz-Programm" wollte er für mehr Sicherheit sorgen und konnte dabei auf die Hilfe des milliardenschweren Investors Carlos Slim bauen. Heute patrouillieren an keinem Ort Mexikos so viele Polizisten wie im Zentrum der Hauptstadt.

Wolf-Dieter Vogel